

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 17. Juni 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

**B 19 Abrechnung über den Sonderkredit für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer Schuladministrationssoftware für die Volksschulen des Kantons Luzern; Entwurf Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung / Bildungs- und Kulturdepartement**

Für die Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) spricht Kommissionspräsidentin Karin Andrea Stadelmann.

Karin Andrea Stadelmann: Ich spreche sowohl zur vorliegenden Botschaft B 19 wie auch zur Botschaft B 20 über die Beschaffung, die Umsetzung und den Betrieb einer einheitlichen Schuladministrationssoftware für die Luzerner Volksschulen. Die EBKK hat die beiden Botschaften zweimal ordentlich und sehr ausführlich diskutiert und beraten. Sie konnten die Haltung der EBKK bereits medial erfahren. Wir bedauern die Umstände immer noch sehr, die damals zum Abbruch des Projektes Educase geführt haben, und auch die daraus entstandenen Kosten. Die EBKK blickt nun jedoch zuversichtlich in die Zukunft und erkennt das Potenzial des neuen Projektes. Zur Botschaft B 19 beziehungsweise zur Abrechnung über den Sonderkredit des ehemaligen Projektes kann festgehalten werden, dass dies sehr bedauerlich ist. Nicht nur die Kosten waren sehr hoch, sondern es war auch kein Nutzen für die Schulen erkennbar. Diese Ansicht vertrat auch die EBKK einstimmig. 2016 hat der Kantonsrat einen Gesamtkredit von 3,7 Millionen Franken für ein Projekt gesprochen. Sechs Jahre später – und das ist in der Informatik und der Digitalisierung eine sehr lange Zeit – hat sich in den Rückmeldungen der Schulen gezeigt, dass das Projekt nicht den gewünschten Nutzen bringt. Daraufhin hat sich unser Rat für den Abbruch des Projektes entschieden. Man hat das Projekt ebenfalls extern untersuchen lassen; ich komme nachher darauf zurück. Diese externe Evaluation hat die EBKK in ihrer Entscheidungsfindung unterstützt. Die EBKK hat ausführlich darüber diskutiert, wie diese externe Evaluation in das neue Projekt einfließen kann. Es hat sich gezeigt, dass es durch das Erfragen von einzelnen Kommissionsmitgliedern auch angebracht war, die Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) anzufragen, ob man einen Einblick in die externe Evaluation oder zumindest in Ansatzpunkte erhalten könnte. Dies ist unter der Einhaltung der Geheimhaltungspflicht auch erfolgt. Es hat sich gezeigt – ich komme nun zur Botschaft B 20 –, dass diese Punkte sehr breit in das neue Projekt «StabiLu» eingeflossen sind. Die EBKK-Mitglieder konnten dem Projektleiter ausführlich Fragen stellen und erhielten dadurch einen Einblick, wie die Kritikpunkte eingeflossen sind, unter anderem – das war auch schon in den Medien zu lesen – ist es der EBKK sehr wichtig, dass man eine verbesserte Projektorganisation hat und man insbesondere ein klares Risikomanagement aufweist sowie dass es Projektverantwortliche gibt und, falls man in Zukunft in der Testphase

Probleme hat, frühzeitig mit dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG), der Schule und der Kommission Kontakt aufnimmt, damit kein weiteres Risiko wie beim ersten Projekt entsteht. Die EBKK hat auch intensiv über die Kosten debattiert. Durch den Abbruch sind nicht nur Kosten von 1,68 Millionen Franken entstanden, sondern durch die Neubeschaffung der Software entstehen Kosten in der Höhe von 8 Millionen Franken. Das ist deutlich mehr, aber auch hier konnte die EBKK feststellen, dass sich dieses Preisschild später rechnen wird. Wir haben auch nochmals ausführlich über die Risiken debattiert. Hier gab es einzelne Kommissionsmitglieder, die genau wissen wollten, wie man Risiken in Zukunft eindämmen kann. Kein Risiko wird nie bestehen, aber durch das verstärkte Risikomanagement konnte die Regierung aufzeigen, dass man auf gewisse Punkte eingeht. Man merkt also, dass nicht nur die EBKK das Projekt will, sondern man spürt auch den Rückhalt in der Projektorganisation und der breit abgestützten Projektgruppe. Es ist uns wichtig, dass der Projektgruppe, dem VLG und der EBKK mögliche Schwierigkeiten auch in der Testphase und bevor der geplante Rollout bis 2027 erfolgt, frühzeitig aufgezeigt werden. Bei der Botschaft B 19 wurde einstimmig Eintreten beschlossen, bei der Botschaft B 20 grossmehrheitlich.

Für die Mitte-Fraktion spricht Gerda Jung.

Gerda Jung: Die Mitte-Fraktion nimmt die Abrechnung über den Sonderkredit für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer Schuladministrationssoftware für die Volksschulen des Kantons Luzern und dessen Scheitern mit grossem Bedauern zur Kenntnis. Seit dem Beschluss über das Dekret im November 2016 und der Beendigung des Projektes Educase im Januar 2022 vergingen ganze fünf Jahre und zwei Monate. Dabei investierte der Kanton 1 684 050 Franken – ein zu grosser Geldbetrag, der viele Prozesse, Entscheide und Zusammenarbeit beinhaltet, der Hoffnungen auf eine Vereinfachung und Entlastung in der Zusammenarbeit mit dem Schulsystem der Gemeinden und des Kantons schaffte und für die heutige Zeit eine grosse Professionalität voraussagte. Die Mitte-Fraktion ist jedoch überzeugt, dass der Entscheid der Aufhebung richtig war, denn wo eine Übereinstimmung der Haltungen der Parteien und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht vorhanden sind und kein zielführender Weg geschaffen werden konnte, ist die Grundlage nicht gegeben, um ein so wichtiges, vernetztes und von Kanton und Gemeinden gelebtes Projekt weiterzuführen. Die Erfahrung soll jedoch aufzeigen, wo Lecks, ein fehlendes Controlling und Chancen für Verbesserungen bestehen, damit die Grundlage für das neue Projekt, die Beschaffung einer einheitlichen Schuladministrationssoftware (Botschaft B 20), klar ist. Die Mitte-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt dem Dekret zu.

Für die SVP-Fraktion spricht Lisa Zanolla.

Lisa Zanolla: Das ursprüngliche Projekt hatte zum Ziel, eine umfassende Administrationslösung für die Volksschule durch eine Partnerschaft zwischen dem Kanton und den Luzerner Gemeinden zu erzielen. Nach der Überprüfung der Module und wiederholten Anpassungen herrschte Uneinigkeit darüber, ob die getesteten Funktionalitäten den Anforderungen entsprachen oder nicht. Trotz wiederholter Versuche, Klarheit zu schaffen, konnten keine gemeinsamen Standpunkte erreicht werden. Es ist nicht gelungen, den Leistungsumfang gemäss Projektanforderung und Ausschreibung umzusetzen, was letztlich im Jahr 2022 zu einem Abbruch des Projektes geführt hat. Daraufhin hat die Arbeitsgruppe Kommunikation und Koordination der AKK mögliche Fehler untersucht, um für zukünftige Projekte die erforderlichen Lehren zu ziehen. Infolgedessen beschloss unser Rat am 24. Januar 2022 in Absprache mit dem VLG, die Einführung von Educase an den Luzerner Volksschulen aufgrund unterschiedlicher Ansichten über den bisherigen inhaltlichen und zeitlichen Projekterfolg zwischen der Softwarefirma einerseits und dem Kanton sowie den Gemeinden andererseits zu beenden. Schon damals äusserte sich die SVP-Fraktion

hauptsächlich aus zwei Gründen skeptisch: Datenschutzbedenken aufgrund mangelnder Einbindung von Datenschutzexperten und Fragen zu den Kosten, warum keine Standardsoftware wie zum Beispiel in Zürich eingesetzt wurde, anstatt auf die angenommene luxuriösere Variante zu setzen. Aktuell legt der Regierungsrat dem Kantonsrat mit der Botschaft B 19 die Abrechnung über den Sonderkredit vor. Die bisher entstandenen Kosten für den Kanton belaufen sich auf 1,6 Millionen Franken. Ich muss schon sagen, dass diese Summe von über eineinhalb Millionen Franken nicht durch uns verursacht worden ist. Schon zu Beginn äusserten wir kritische Bedenken bezüglich dieser Schuladministrationssoftware und konnten uns nicht davon überzeugen lassen. Sämtliche von uns erwarteten Probleme haben sich nun bewahrheitet, und den Schaden, den wir als SVP-Fraktion nicht verursacht haben, ist gemacht. All unsere Vorahnungen haben sich bewahrheitet, und wir Steuerzahler sollen nun für einen Schaden von über einer Million Franken zahlen, welchen andere gemacht haben oder verschulden. Leider bleibt uns nichts anderes übrig, als in den sauren Apfel zu beissen und die Kröte zu schlucken. Die SVP-Fraktion betonte bereits in der Debatte zur Beendigung des Projektes Educase, dass es besser sei, ein Ende mit Schrecken zu haben als umgekehrt. Aus diesem Grund tritt die SVP-Fraktion auf die Vorlage ein und stimmt dem Sonderkredit zähneknirschend zu.

Für die FDP-Fraktion spricht Ramona Gut-Rogger.

Ramona Gut-Rogger: Die Digitalisierung und die damit einhergehende Vereinheitlichung von Prozessen sollen zum Abbau von Bürokratie und damit zu schlanken und effizienten Prozessen führen. Im Bereich der Volksschulen sind 80 Gemeinden involviert. All diese Gemeinden sind sehr heterogen. Sie stellen alle folglich auch sehr unterschiedliche Bedürfnisse an eine funktionierende Schuladministrationssoftware, welche die Schnittstellen zum Kanton vereinfachen und ihre internen Prozesse einfach und effizient bearbeiten lässt. Genau deshalb bedauern wir sehr, dass man sich dieser Heterogenität bei der Aufgleisung dieses Projektes nicht oder nur zu wenig bewusst war. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es denn auch von zentraler Bedeutung, dass die Erkenntnisse aus der externen Evaluation in sämtlichen zukünftigen Digitalisierungsprojekten berücksichtigt werden. Jetzt gilt es nach vorn zu schauen und einen Strich unter dieses leidige Kapitel zu ziehen. Das Eintreten ist für uns deshalb unbestritten. Die FDP-Fraktion stimmt der Abrechnung einstimmig zu.

Für die SP-Fraktion spricht Jörg Meyer.

Jörg Meyer: Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr zustimmen. Die Hintergründe und die Herleitung, welche zu dieser Notwendigkeit des Abbruchs geführt haben, sind in der Botschaft gut dargelegt. Das Thema wurde während dieser Zeit ja auch im Kantonsrat genügend abgehandelt. Am Schluss war der Abbruch schlichtweg alternativlos, eine funktionierende Lösung wäre nicht mehr möglich gewesen. Das Projekt ist aber sicher kein Ruhmesblatt für den Kanton Luzern, keines für seine Zusammenarbeit mit den Gemeinden und auch keines für die Art und Weise, wie man die Verantwortlichen der Volksschule mit einbezieht und die Bedürfnisse und den Bedarf der Betroffenen abholt. Letztlich ist es auch kein Ruhmesblatt für die Digitalisierungskompetenzen des Kantons als solche. Es ist der SP-Fraktion deshalb wichtig, nochmals den grossen Bogen vor Augen zu führen. Am 7. November 2016 wurde wohl der Sonderkredit gesprochen. 2013 fand aber bereits die öffentliche Ausschreibung statt, und 2014 erfolgte der Zuschlag. Aber damit nicht genug: Der VLG und die Dienststelle Volksschulbildung (DVS) haben das Thema nämlich bereits 2011 lanciert – notabene vor 13 Jahren. 2019 wollte man damals eine Lösung in Betrieb haben. Jetzt 2024, fünf Jahre nach der geplanten Inbetriebnahme, wird dieses unrühmliche Kapitel nach 13 Jahren nun wohl geschlossen und man muss wieder von vorn beginnen. Das Ganze hat für alle Beteiligten viel Energie und Geld gekostet, und letztlich

Frust und Ärger hüben und drüben verursacht. Es ist trotz allem gut, hat man dem Schrecken ein leider spätes Ende gesetzt und die Scherben hoffentlich gut zusammengewischt. Zwingend müssen nun daraus kooperativ Lehren gezogen werden und diese in das Nachfolgeprojekt einfließen.

Für die Grüne Fraktion spricht Irina Studhalter.

Irina Studhalter: Der Kanton hat sich hier einen «Lehrblätz» von 1,6 Millionen Franken geleistet. Ich gehe mit meinen Vorrednerinnen und Vorrednern einig, dass es ein teures und peinliches Desaster ist, das nicht hätte geschehen dürfen. Zentral ist an diesem Punkt nun, dass die AKK den Fall untersucht und Empfehlungen abgegeben hat und diese strukturell ins Nachfolgeprojekt eingearbeitet wurden. Trotzdem ist es stossend, dass der AKK-Bericht nicht zugänglich gemacht wurde und unsere Kommission erst spät und auf unser Insistieren hin einen Auszug davon erhalten hat. Die Grüne Fraktion ist froh, dass wir das unschöne Kapitel heute abschliessen können. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen der Abrechnung über den Sonderkredit zu.

Für die GLP-Fraktion spricht Angelina Spörri.

Angelina Spörri: Das Projekt Educase hätte die Beschaffung, die Inbetriebnahme und den Betrieb einer einheitlichen Schuladministrationssoftware beinhaltet. Heute schliessen wir ein Trauerspiel in mehreren Akten mit der Genehmigung der Abrechnung endlich ab, jedoch nicht ohne nochmals zurückzublicken, um in Zukunft überlegter, strategisch klüger und erfahrener ins neue Projekt zu starten. 2017 stimmte unser Rat dem Dekret über einen Sonderkredit von 3,78 Millionen Franken für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer einheitlichen Schuladministrationssoftware für die Volksschulen zu und unterschrieb ganz offensichtlich den Vertrag für ein Produkt, welches von Anfang an nicht hielt, was es versprach. Die Herstellerfirma der Schuladministrationssoftware lieferte nicht wie vereinbart und schien auch weder zeitlich noch inhaltlich in der Lage zu sein, Anpassungen und Änderungswünsche zu erfüllen. Zwischen 2019 und 2022 kämpften sich Pilotgemeinden durch eine mangelhafte Software, sie ahnten bereits Schlimmes, und bei den restlichen Gemeinden stieg die Verunsicherung von Jahr zu Jahr. Was am Schluss herauskam, wissen wir alle: 2022 bricht der Kanton das Projekt endgültig ab, rechtliche Mittel werden eingeleitet, und die Gemeinden stehen ohne Software auf verlorenem Posten und müssen individuelle Lösungen suchen, welche wieder Zeit und Geld kosten. Der Unmut war gross in den Gemeinden mit ihren Schulen, und politisch kam die Forderung nach einer genauen Analyse und einer öffentlichen Aufarbeitung auf. War es einfach ein Fehlgriff in der Wahl der Software? Wurden Fachprofis bei wichtigen Entscheidungen mit einbezogen? Wurde das Vorgehen professionell geplant und begleitet? Die Mitglieder der EBKK haben zwar viele Informationen erhalten, was im neuen Projekt verbessert wird, eine detaillierte Einsicht in die Berichte der AKK erhielten wir jedoch nicht. Die GLP-Fraktion hat 2022 eine Aufarbeitung mittels PUK gefordert mit der Begründung, dass es nicht die erste problematische oder gar gescheiterte Softwarebeschaffung war. Wir haben jedoch akzeptiert, dass der Rat die Aufarbeitung intern über die AKK in Angriff nehmen wollte. In den Präsentationen des Bildungs- und Kulturdirektors an den Kommissionssitzungen zeigt es sich, dass der Kanton nun genau analysiert hat, was es an Änderungen braucht, damit das neue Projekt nun möglichst stolperfrei und zeitnah eingeführt werden kann. Natürlich schmerzen die verlorenen 1,684 Millionen Franken sehr, und wir erwarten nun vom Kanton, dass mit den gezogenen Lehren und den Erkenntnissen der AKK vermeidbare Fehler nicht mehr begangen werden. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt der Abrechnung zu.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Wir haben hier grundsätzlich keine Differenz. Das Projekt für die

Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer Schuladministrationssoftware in den Volksschulen des Kantons Luzern aus dem Jahr 2016 hat einen unerfreulichen Verlauf genommen. Nach diesem schwierigen Verlauf waren wir in Absprache mit den Gemeinden gezwungen, das Projekt abzubrechen. Ich stelle heute fest, dass dieser Entscheid von allen Fraktionen mitgetragen wird. Auch aus heutiger Warte war es der einzige sinnvolle Entscheid. Auch in der Analyse haben wir keine Differenz. Die Kosten sind sehr bedauerlich, insbesondere weil den Kosten kein Nutzen gegenübersteht. Es war wichtig, dass man diesen Fall detailliert aufgearbeitet hat. Die AKK hat diese Aufgabe übernommen und detailliert Bericht erstattet. Die Regierung konnte dazu Stellung nehmen. Die Erkenntnisse daraus haben wir Ihnen in dieser Botschaft sowie in der Botschaft B 20 dargestellt. Wir müssen entsprechend reagieren. Es sind Antworten und Verbesserungen in der Organisation, bei den Verträgen und beim Anforderungskatalog gefragt. Ihren detaillierten Analysen will ich nicht widersprechen. Jörg Meyer hat diesen langen Prozess sehr gut dargestellt. Am Schluss stellte sich die Frage, ob man das, was man am Anfang ausgeschrieben hatte, noch brauchen kann. Für ein Softwareprojekt war es tatsächlich ein sehr langer Prozess, den wir heute abschliessen müssen, leider ohne Ergebnis. Trotzdem ist diese Debatte wichtig für mich. Ich stelle fest, dass wir weiterhin ein gemeinsames Ziel haben. Wir wollen die Digitalisierung und sehen das Potenzial einer gemeinsamen Schuladministrationssoftware für Kanton und Gemeinden. Deshalb ist auch die rechtliche Bestimmung richtig, die weiterhin gilt. Wir werden im Rahmen der Botschaft B 20 besprechen, ob wir diese auch so umsetzen wollen. Die Regierung will dieses Potenzial erschliessen und diesen Schritt tun. Heute geht es darum, einen Schlusstrich zu ziehen. Diese Bereitschaft stelle ich bei Ihnen fest. Sie wollen heute einen Schlusstrich ziehen, indem Sie dieser Abrechnung zustimmen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der Abrechnung des Sonderkredites für die Beschaffung, den Aufbau und den Betrieb einer Schuladministrationssoftware für die Volksschulen des Kantons Luzern, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 104 zu 4 Stimmen zu.